



Arbeitshilfe
zum Thema
„Zusammenhalt(en)“

15. September 2024
16. Sonntag nach Trinitatis

INHALT

Vorwort	2
Bausteine für die liturgische Gestaltung	3
Predigtwerkstatt	5
Armut, soziale Ungleichheit und Klimawandel	7
Ohne Wohnung sein	9
Geteilte Räume für neue Nachbarschaften	10
Zur Relevanz von Pflege- und Sorgestrukturen für demokratische Gesellschaften	12
#Verständigungsorte	14



VORWORT

Sehr geehrte Pfarrerinnen und Pfarrer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema des diesjährigen Diakoniesonntags lautet: „Zusammenhalt(en)“. Dieses Thema vereint in sich sowohl ein Nomen als auch ein Verb: Zusammenhalt und zusammenhalten. Damit wird deutlich, dass der abstrakte Zusammenhalt erst durch die aktive Kraft derjenigen, die zusammenhalten, erzeugt wird.

Der Duden definiert das Wort Zusammenhalt als tiefere innere Verbindung. Im Alltag sagen wir, dass Freunde zusammenhalten. Zusammenhalt entsteht auch durch diakonisches Handeln, welches sich nicht nur, aber auch auf Verbandsebene organisiert. Diakonische Einrichtungen bieten Menschen Unterstützung und Hilfe an, etwa in den Bereichen der Altenhilfe, Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Krankenhilfe, Flüchtlingshilfe, Bahnhofsmissionen und der ambulanten Dienste. An der Kampagne #ausLiebe können Sie sehen, wie diakonischer Dienst Gemeinschaft stiftet und wirksam ist.

Damit unsere Gesellschaft auch weiterhin als Ganzes zusammenhält, braucht es eine starke diakonische Stimme. Diakonische Arbeit soll in einem optimalen Umfeld und unter besten Bedingungen stattfinden können. Wir als Diakonie Hessen setzen uns für unsere 440 Mitglieder auch auf politischer Ebene ein.

Wir freuen uns, wenn wir Sie anlässlich des Diakoniesonntags mit diesem Heft in Ihren Diensten unterstützen können und wünschen Ihnen segensreiches Wirken.

Herzliche Grüße aus der Diakonie Hessen

Carsten Tag

Pfarrer Carsten Tag

Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen

BAUSTEINE FÜR DIE LITURGISCHE GESTALTUNG

Pfarrerin Dr. Angela Rascher, Theologische Referentin für Hospizarbeit und Diakonisch-Kirchliche Kultur in der Diakonie Hessen

Liedvorschläge

EG 170 Komm, Herr, segne uns
EG 265 Nun singe Lob, du Christenheit
EG 268 Strahlen brechen viele
EG 420 Brich mit den Hungrigen dein Brot
EG 607 Lasst uns miteinander
EG 632 Wenn das Brot, das wir teilen, als Rose blüht
EG+ 41 Wohl denen, die noch träumen
EG+ 76 Behüte Gott, die ich dir anbefehle
EG+ 78 Gut, dass wir einander haben
EG+ 102 Da wohnt ein Sehnen

Psalm

EG 705 Psalm 8 Was ist der Mensch
EG 759 Matthäus 5 Seligpreisungen

Kyriegebet im Anschluss an Psalm 8

Gott,
ein Mensch. Ein Mensch wie ich.
Wie oft sehe ich nicht richtig hin.
Sehe nicht mein Gegenüber,
sondern sortiere ein,
stecke in Schubladen
oder bin gleichgültig.
Dabei ist da: Ein Mensch.
Von Gott gemacht.
Ein Mensch wie ich.

Gott,
ein Mensch.
Von Dir gemacht, gewollt, gekrönt.
Menschen menschlich behandeln.
Als Mitmenschen uns verstehen.
Das wäre was.
Das wäre in deinem Sinne, Gott.
Kyrie Eleison!

Eingangsgebet

Wenn wir gegeneinander stehen,
wenn wir Recht behalten wollen,
mach uns still, Gott, damit wir dein Lied hören,
sanft und heiter.
Wenn wir laut werden.

Wenn wir uns als Herrinnen und Herren aufspielen,
mach uns still, Gott, damit wir dein Lied hören,
leise und zart.
Lehre uns Singen von deinem Frieden.
Mache unser Herz weit für deine Barmherzigkeit.
Heute, an diesem Morgen/Abend.
(aus dem liturgischen Wegweiser der EKHN, Gebete und Lieder zum Reformationstag)¹

Lesung

1.Korinther 12, 4-7.12. 24-26 Verschiedene Gaben, ein Geist (Predigttext)
Lukas 10, 29-37 Vom barmherzigen Samariter
Jesaja 58, 6-11 Brich dem Hungrigen dein Brot
Prediger 4,7-12 Besser zu zweien als alleine

Fürbittengebet

Gott, Du schenkst das Leben und willst,
dass Leben bewahrt wird.
Du schenkst deinen Geist, der belebt und Ideen schenkt.
Dafür danken wir Dir.

Wir bitten Dich für die, deren Leben in Gefahr ist:

- auf Booten im Meer
- in Krieg und Gewalt
- auf der Straße
- durch Hunger, Hitze oder Flut.

Gott, lass uns hinsehen und Not lindern, wo wir können.

Wir bitten für die, denen Leben anvertraut ist:

- in Kindergärten, Schulen oder Vereinen
- in Pflegediensten, Hospizen oder der Jugendhilfe
- in Krankenhäusern, stationären Einrichtungen oder Geburtshäusern
- am Arbeitsplatz oder in der Familie.

Gott, lass uns als Gesellschaft diese Arbeit unterstützen und wertschätzen.

Wir bitten Dich für unser Leben:

- in Höhen und Tiefen
- in Gemeinschaft oder im Alleinsein
- mit uns im Reinen oder unzufrieden

Gott, lass uns nicht aus den Augen und stelle uns Menschen zur Seite, die uns gut tun.

¹ 31. Oktober – Gedenktag der Reformation (Reformationsfest) | EKHN Liturgischer Wegweiser (liturgischer-wegweiser.de)

Predigttext: 1. Korinther 12 – in Auszügen

Es gibt zwar verschiedene Gaben, aber es ist immer derselbe Geist.

Es gibt verschiedene Aufgaben, aber es ist immer derselbe Herr.

Es gibt verschiedene Kräfte, aber es ist immer derselbe Gott.

Er bewirkt das alles in allen Menschen.

Das Wirken des Geistes zeigt sich bei jedem auf eine andere Weise.

Es geht aber immer um den Nutzen für alle.

Es ist wie beim menschlichen Körper: Er bildet eine Einheit und besteht doch aus vielen Körperteilen.

Aber obwohl es viele Teile sind, ist es doch ein einziger Leib. So ist es auch mit Christus.

Gott hat den Leib zusammengefügt.

Er hat dafür gesorgt, dass die unscheinbaren Körperteile besonders geehrt werden.

Denn im Leib darf es keine Uneinigkeit geben, sondern alle Teile sollen füreinander sorgen.

Wenn ein Teil leidet, leiden alle anderen Teile mit. Und

wenn ein Teil geehrt wird,

freuen sich alle anderen Teile mit.

(aus: 1.Korinther 12, 4-7.12. 24-26, Basisbibel)

PREDIGTWERKSTATT

Predigtimpuls zu 1. Kor 12: Zusammengehören Carsten Tag, Vorstandsvorsitzender Diakonie Hessen

Wir alle gehören zusammen. Ein Satz, der vielleicht leicht gesagt ist, der es aber doch auch in sich hat. Wir gehören zusammen. Und zwar nicht, weil wir alle gleich sind. Das gleiche Denken würden oder gleich aussehen – oder das gleiche können.

Nein: Wir gehören zusammen, weil wir durch Gott miteinander verbunden sind.

Das Bild, das Paulus dafür ausgesucht hat, ist das eines Körpers. Wir sind miteinander ein Leib, ein Körper. Und wir funktionieren deshalb so gut, weil jeder und jede etwas anderes macht und kann. Wären wir – um im Bild zu bleiben – alle ein Ohr, dann würde der Körper wohl nicht als Ganzes funktionieren, auch wenn wir miteinander super hören könnten.

Paulus schreibt auch, dass kein Körperteil mehr Wert hat als ein anderes. Selbst kleine und manchmal übersehene Teile machen erst das Ganze zu einem Ganzen. Und wir selbst wissen vom eigenen Körper, dass die Bedeutung eines Einzelnen vor allem dann deutlich wird, wenn es ausfällt, weh tut oder eben nicht mehr funktioniert, wie es soll.

Und seien wir ehrlich: Es gibt Körperteile und Funktionen, die uns besser gefallen oder deren Bedeutung uns mehr einleuchtet als die anderer Teile.

Und das ist nicht nur bei den Teilen eines Körpers so, sondern auch im Miteinander unter Menschen. Manche sind uns näher, manche bewundern wir und andere sehen wir kaum. Das ist so. Und es ist gut, dass die eigene Sicht nicht die Sichtweise aller anderen ist. So können wir darauf vertrauen: Jeder wird gesehen, jede wird wertgeschätzt, aber eben nicht immer von allen anderen.

Wichtig ist, dass uns immer wieder neu bewusst wird, dass alle Menschen denselben Wert haben. Das heißt: Niemand darf sich über jemanden erheben, nur weil er denkt, er könne mehr oder sei besser. Wir alle sind einmalig. Und so wie wir sind, sind wir gut, geliebt und besonders.

Der Wert und die Würde des Menschen sind unabhängig von dem, woran Menschen glauben, was sie leisten oder was sie können. Das Grundgesetz formuliert es prägnant in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ In diesem Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes. Wir erinnern daran, dass das, was uns heute

selbstverständlich ist, gewachsen ist. Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus sollte die Bundesrepublik Deutschland durch andere Werte geprägt werden, Demokratie sollte wachsen und werden. Die Grundlage: Die Würde und den Wert jedes Einzelnen und jeder Einzelnen. Unabhängig von Überzeugungen, Leistungen oder einer Zugehörigkeit. Klugerweise geht der 1. Artikel weiter. Da steht: „Sie [also die Würde des Menschen] zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ In diesem Satz steckt die Erfahrung, dass die Menschenwürde eben nicht nur postuliert werden muss, sondern auch gelebt und manchmal verteidigt oder geschützt. Nicht nur bei der Entstehung des Grundgesetzes ein wichtiger Gedanke, sondern auch jetzt, hier und heute. Ich denke da nicht nur an die großen Demonstrationen, sondern an viele, alltägliche diakonische Arbeit in Beratungsstellen, in Pflegeeinrichtungen, in Wohngruppen oder auf der Straße; in persönlichen Gesprächen oder großen politischen Runden. All diese Arbeit ist getragen von der Grundüberzeugung: Jede und jeder ist wichtig und wertvoll. Das gilt. Ausnahmslos.

Der Theologe Helmut Thielicke hat es so formuliert: „Gott liebt uns nicht, weil wir so wertvoll wären, sondern es ist genau umgekehrt: Wir sind so wertvoll, weil Gott uns liebt“.

Dass Gott uns liebt – ohne dass wir etwas dafür tun müssten – das ist ein starker Zuspruch. Der gilt: Auch dann, wenn ich denke, dass ich doch nichts Besonderes bin oder nichts Besonderes kann. Der gilt auch und gerade dann, wenn andere mich übersehen oder denken, ich könne nichts. Der gilt für mich – und für alle die, mit denen ich es zu tun habe.

Wir sind wertvoll und geliebt. Dafür müssen wir nichts tun. Aber wir können etwas tun, damit genau diese Botschaft weitergetragen wird. Dass jede und jeder gleich viel Wert und Würde hat. Unter dem Hashtag #ausLiebe beschreibt die Diakonie schon seit verganginem Jahr ihre Arbeit. Wir tun, was wir tun aus Liebe.

Was hier schlicht Liebe heißt, meint: Gottes Liebe zu den Menschen. Wir dürfen sie weitertragen. In der Satzung der Diakonie Hessen klingt es so: „Die Kirche hat den Auftrag, Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus allen Menschen zu bezeugen. Diakonie ist als gelebter Glaube eine Gestalt dieses kirchlichen Zeugnisses“ (aus der Präambel). In den verschiedenen unterschiedlichen Aufgaben, die wir in der Diakonie Hessen haben und mit den verschiedenen Gaben und Begabungen, mit denen Gott uns ausgestattet

hat. Mit all unseren Unterschieden und doch dem gemeinsamen Anliegen, für unsere Mitglieder, für unsere Gesellschaft, für jeden einzelnen Menschen Gutes zu bewirken. #ausLiebe zu handeln, heißt jedoch nicht, immer lieb zu sein. Manchmal müssen wir anecken und stören. Weil wir uns mit Armut nicht abfinden werden oder zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich nein sagen. Weil wir für Gerechtigkeit und Frieden einstehen, für faire Bedingungen in der Pflege, in der Eingliederungshilfe oder der Jugendhilfe. Wir vertreten Interessen derjenigen, die oft übersehen oder überhört werden. Und zwar #ausLiebe. Es ist diese Liebe, die unsere Arbeit nicht nur bedeutsam, sondern auch wirksam macht. Liebe ist so verstanden das Fundament und die treibende Kraft in unserem Einsatz für gerechte Verhältnisse, in unserer Arbeit mit und für den Nächsten.

Wir gehören zusammen und ziehen im besten Fall gemeinsam an einem Strang. Und dabei gilt auch: Jede und jeder ist einmalig. Beide Botschaften ergeben gemeinsam Sinn: Unsere Einmaligkeit zeichnet uns aus und lässt uns glänzen, mit unseren ganz eigenen Gaben und Begabungen. Aber sie stellt uns immer auch in die Gemeinschaft. Zum Nutzen des Ganzen, zum Wohle der Menschen sollen wir unsere Einzigartigkeit einsetzen. Manchmal glänzen wir dann selbst und manchmal bringen wir andere zum Glänzen – oder freuen uns an der Einzigartigkeit anderer. Wenn das gelingt – ist viel gelungen.

ARMUT, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND KLIMAWANDEL

Dr. Melanie Hartmann, Leitung der Abteilung Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie, Diakonie Hessen

Der globale Blick

Die globale Relevanz sozialer Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist unübersehbar. So setzt die Überhitzung der Erde jenen Menschen am meisten zu, die am wenigsten zum globalen CO²-Ausstoß beigetragen haben. Gerade die ärmsten Bevölkerungsteile im globalen Süden trifft es am härtesten, wenn Ernten ausfallen, ganze Landstriche verdorren und unbewohnbar werden, Extremwetterereignisse wie Stürme, Starkregen und Überschwemmungen auch noch das letzte bisschen Hab und Gut zerstören. Der Klimawandel verstärkt zudem bereits bestehende Risiken für staatliche und wirtschaftliche Krisen, Gewaltkonflikte oder mangelnde Gesundheitsversorgung in vielen Ländern. Millionen Menschen werden vertrieben und die wenigsten haben die Möglichkeit, im globalen Norden dauerhaft Schutz zu suchen – denn hier gilt das Wegbrechen der Lebensgrundlage durch Umwelterstörung und Klimawandel nach wie vor nicht als Fluchtursache, die zu Asyl berechtigt.

Für das Thema des diesjährigen Diakoniesonntags wollen wir aber die globale Perspektive – trotz ihrer Relevanz – für einen Augenblick verlassen und den Blick auf unser direktes Umfeld richten. Denn auch hier sind Fragen des Zusammenhangs von Armut, sozialer Ungleichheit und Klimagerechtigkeit von zunehmender Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Klimawandel – ein Gerechtigkeitsproblem auch hierzulande?

Menschen, die sozioökonomisch benachteiligt werden, sind auch in Deutschland oft stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Menschen mit geringem Einkommen leben häufiger in schlecht isolierten Wohnungen, die im Winter zu kalt und im Sommer zu heiß sind. Obdachlose Menschen sind Hitzewellen und zunehmend extremer werdenden Unwettern schutzlos ausgeliefert. Aber auch die politisch induzierten Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels treffen einkommensarme Menschen häufig besonders stark. Preissteigerungen bei fossilen Energieträgern können sie beispielsweise nicht durch nachhaltige Investitionen – wie die Anschaffung eines E-Autos oder

Investitionen in energieeffizienteres Wohneigentum, Wärmedämmung, Solarpanelle etc. – kompensieren. Die Diakonie setzt sich deshalb für mehr „Klimagerechtigkeit“ ein. Darunter verstehen wir, dass Gerechtigkeits- und Verteilungsaspekte viel stärker als bisher in allen unseren klimapolitischen Anstrengungen berücksichtigt werden. Ganz konkret geht es darum, dass Ansätze und Instrumente entwickelt werden, wie Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation für alle Menschen möglich ist. Dazu gehört zum Beispiel die Formulierung eines ökologischen Existenzminimums, das z.B. über progressive Teuerung von Mobilitätsenergie dafür sorgt, dass soziale Ungleichheit nicht noch weiter zunimmt. Praktische Beispiele unserer eigenen Arbeit sind Tafeln und Sozialkaufhäuser. Hier wird einerseits darauf geachtet, dass wertvolle Ressourcen wie Lebensmittel nicht unnötig verschwendet werden oder Güter, die noch gebraucht werden könnten, dem Warenkreislauf durch Instantsetzung wieder zugeführt werden. Andererseits haben Menschen mit wenig Einkommen die Möglichkeit, günstig Lebensmittel und Gebrauchsgüter zu erhalten. Auf diesem Weg soll sichergestellt werden, dass bei Klimaschutzmaßnahmen umfassende Teilhabe auch für Menschen mit geringem Einkommen gewahrt wird.

Auch ein vergünstigtes Deutschlandticket für einkommensärmere Menschen (sowie höhere Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr) ist eine sinnvolle Maßnahme, die einerseits zur Verkehrswende beiträgt und andererseits die Mobilitätsteilhabe für Menschen mit kleinem Geldbeutel verbessert. In dem notwendigen Transformationsprozess, der die Schöpfung bewahrt, ein nachhaltiges Leben auf unserem Planeten ermöglicht und den gesellschaftlichen

(Relative) Armut in Deutschland

Der gängige Begriff, um „Armut“ in Wohlstandsgesellschaften zu messen, ist der der relativen Armut, d.h. jemand ist arm, relativ gesehen zum Wohlstand der Gesellschaft. Die gängige Kenngröße ist die sogenannte Armutsrisikoschwelle, die bei 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens liegt. Personen, deren Einkommen darunter liegt, gelten als einkommensarm. Die Armutsquote, also der Anteil der Bevölkerung, auf den dies zutrifft, liegt in Deutschland derzeit (2023) bei 16,6 Prozent. Überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind beispielsweise Alleinerziehende mit ihren Kindern (41 Prozent), Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,5 Prozent) oder Erwerbslose (50,7 Prozent).

Zusammenhalt wahr, müssen soziale und ökologische Fragen also noch viel stärker verknüpft werden. Beide sind Überlebens- und Gerechtigkeitsfragen. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Produktion und Konsum müssen eine zukunftsfähige Umgestaltung erfahren, die die planetaren Belastungsgrenzen anerkennt und ohnehin schon benachteiligte Menschen nicht noch weiter in Armut und Ausgrenzung treibt – weder hier noch andernorts.

Weitere Infos und Ressourcen:

- 10 Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart: Zusammen mit über 50 anderen Organisationen aus dem Sozial- und Umweltbereich fordert die Diakonie in einer gemeinsamen Erklärung eine sozial gerechte Energiewende, Maßnahmen gegen Naturzerstörung, den Erhalt der Biodiversität, klimaschonende Landwirtschaft, nachhaltige Arbeits- und Konsumformen sowie die Teilhabe aller an umweltschonender Mobilität:
<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2023/august/zehn-thesen-fuer-einen-sozialen-und-oekologischen-neustart>
- Nicht wegsehen: Hitzehilfe für obdachlose Menschen in heißer werdenden Städten. Bei Temperaturen schon ab 25 Grad Celsius kann es für Menschen, die auf der Straße leben müssen, gefährlich werden. Ohne Zugang zu Wasser, Schatten und Sonnenschutzcreme leiden die Menschen oft unter Wassermangel, Kreislaufproblemen und Verbrennungen. Die Diakonie Hessen hat Tipps zusammengestellt, wie jede und jeder helfen kann. Auch Kirchengemeinden können etwas tun, wie zum Beispiel tagsüber ihre kühlen Kirchenräume für Menschen zum Verweilen geöffnet halten:
<https://www.diakonie-hessen.de/hilfe/ich-moechte-helfen/hitzehilfe/>
- Klassismus und Klima: Klassismus bedeutet Diskriminierung und Abwertung aufgrund von Klassenzugehörigkeit, z.B. wegen des Berufs, wegen geringem Einkommen, der sozialen Herkunft oder vermeintlich fehlender „höherer“ Bildungsabschlüsse. Es kann leicht passieren, dass einkommensarme Menschen aufgrund ihres vermeintlich „unökologischen“ Lebensstils abgewertet werden, weil sie zum Beispiel keine Bioprodukte oder nachhaltig produzierte Textilien kaufen können. Dabei wird übersehen, dass reiche Menschen, vor allem aufgrund ihres Mobilitätsverhaltens wie Fernreisen und ihrem größeren materiellen

Besitz, insgesamt einen viel höheren Ausstoß von Treibhausgasen verursachen. Übrigens: Jede*r kann im eigenen Umfeld gegen klassistische Vorurteile eintreten. Neue Zahlen gibt es zum Beispiel in einer DIW-Studie:

[DIW Berlin: Reiche verursachen doppelt so viel Emissionen wie Haushalte mit Niedrigeinkommen – vor allem durch Flugreisen](#)

- Diakonie Hessen – Dienste für die Bekämpfung von Armut: Das Arbeitsfeld Existenzsicherung, Armutspolitik, Gemeinwesendiakonie (ExAGd) wendet sich in seinen Diensten sozial benachteiligten Menschen zu. Dazu gehören Schuldnerberatung, Wohnungsnotfallhilfe, Straffälligenhilfe, Allgemeine Sozial- und Lebensberatung, Jugendberufshilfe, sowie Gemeinwesenarbeit, Tafeln, Bahnhofsmissionen und Freiwilliges Engagement. Ziel ist es, die Selbstbestimmung benachteiligter Menschen zu stärken und soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Insbesondere die Vermeidung und Bekämpfung von Armut und die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens ist ein zentrales Anliegen. Weitere Infos gibt es zum Beispiel hier:
[Existenzsicherung, Armutspolitik, Gemeinwesendiakonie \(diakonie-hessen.de\)](#)

OHNE WOHNUNG SEIN

Katharina Alborea, Referat Wohnungsnotfallhilfe der Abteilung Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie, Diakonie Hessen

Die Angst, den Wohnraum zu verlieren, verspüren immer mehr Menschen. Steigende Mieten und immer weniger Wohnraum für immer mehr Menschen mit durchschnittlichem oder geringerem Einkommen sorgen für steigende Zahlen in den Beratungsstellen.

Der Deutsche Städtetag definierte den Wohnungsnotfall als Personen und Haushalte, die unmittelbar von ersatzlosem Wohnungsverlust, etwa durch Räumungsklage bedroht sind, die akut vom Wohnungsverlust betroffen sind, faktisch ohne Wohnung und Unterkunft oder ordnungsrechtlich mit einer Wohnung oder Unterkunft versorgt sind, die aus sonstigen Gründen in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

Zahlen?

Die neuesten Zahlen der Wohnungslosenberichterstattung ergaben für das Jahr 2024, (Stichtag ist immer der 31.01.), dass mittlerweile 25.785 Menschen in Hessen wohnungslos sind. Sie leben in den kommunalen Unterbringungen (Obdachlosenheim) oder in den Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe. Besonders brisant sind die steigenden Zahlen im Bereich der unter 18-jährigen sowie der 18- bis 25-jährigen Menschen in den Unterbringungen. Hier gab es einen Anstieg von 13 Prozent auf mittlerweile 38 Prozent.

Gänzlich auf der Straße, in Abbruchhäusern oder unter Brücken leben in Deutschland ca. 54.000 Menschen – in Hessen gehen wir von bis zu 3000 Personen aus (belastbare Zahlen liegen hier leider nicht vor).

Wer?

Die Adressaten der Wohnungsnotfallhilfe haben sich in den letzten Jahren verändert. Es ist überwiegend nicht mehr der „Berber“ – der umherziehende wohnungslose Mann – sondern zunehmend auch Frauen und Familien, die ihre Wohnung zu verlieren drohen, mit ihrem geringen Einkommen nicht klarkommen, von Räumungsklagen bedroht oder betroffen sind. Aber auch ehemalige Klient*innen der diakonischen Wohnungsnotfallhilfe, die eine Wohnung gefunden haben und doch weiterhin Unterstützung brauchen gehören dazu sowie Migrant*innen aus Südosteuropa und anerkannte Geflüchtete ohne ausreichende Wohnungsversorgung.

Wie?

Hilfen für Menschen in besonderen Lebenslagen sind dann hilfreich, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und Hilfen zur Normalisierung ihrer Lebenslage leisten. Insofern gilt beim Angebot von Hilfen immer danach zu fragen, was dem Einzelnen hilft, mit seiner/ihrer Situation klarzukommen und was das Individuum benötigt, um die benachteiligte und ausgrenzende Lebenssituation zu normalisieren. Untersuchungen und Erfahrungen in der Arbeit mit Menschen in Wohnungsnot und von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zeigen, dass die Vermittlung in Wohnraum ein wesentlicher Baustein bei der Normalisierung der Lebenslage ist. Zugleich ist bekannt, dass für viele Betroffene die Notlage damit nicht behoben ist: Die Wohnraumversorgung ist vielmehr die Voraussetzung zur Behebung der Notlage.

Warum?

Wohnungslosigkeit nimmt zu. Wohnungslos zu sein heißt, kein Zuhause und keinen Rückzugsort zu haben, keine Wohnung zum Schlafen und Erholen, immer auf der Hut sein zu müssen, Krankheiten nicht auszukurieren, täglich den Lebensunterhalt sichern zu müssen, sich auch manchmal selbst im Weg zu stehen und vieles mehr. Mitarbeitende der Diakonie Hessen bieten an verschiedenen Standorten umfangreiche Hilfe und Unterstützung an.

GETEILTE RÄUME FÜR NEUE NACHBARSCHAFTEN

Andreas Lipsch (Leitung) und Michael Büsgen (Referent) der Abteilung Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration, Diakonie Hessen

Flucht, Teilhabe und sozialräumliche Arbeit

Kein Thema hat unsere gesellschaftlichen und politischen Debatten in den vergangenen Jahren so sehr dominiert (und gespalten) wie Flucht. Der Migrationsforscher Hein de Haas¹ spricht in dem Zusammenhang von Migration als einem Ventil für gesellschaftliche Aufregung. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass überwiegend über die Verhinderung und Begrenzung von Zuwanderung gesprochen wird. Unsere europäischen Außengrenzen sollen geschützt und damit der gesellschaftliche Frieden im Innern gewahrt werden. Es geht also nicht mehr um den Schutz von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen, sondern um den Schutz unserer Grenzen, unseres Friedens und Wohlstands im Innern. Der Schutz allerer, die an unseren Außengrenzen stranden, ist – wenn er denn überhaupt thematisiert wird – bestenfalls noch ein zu bedauernder Kollateralschaden.

Inzwischen sind diesen Diskursen politische Taten gefolgt. Die illegalen Pushbacks und die hochgezogenen Zäune an den Außengrenzen der EU, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), Abschiebungsoffensiven und Externalisierungsphantasien (Stichwort Ruanda) atmen den Geist der Abwehr, der Gewalt und der Entrechtung Geflüchteter.

Der aktuelle gesellschaftliche Kontext ist gekennzeichnet von anhaltend hohen Zugangszahlen geflüchteter Menschen und den daraus folgenden Sorgen über die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft vieler Kommunen. In Folge der Zuwanderung verändern sich inzwischen nicht nur urbane Ballungsräume, auch der ländliche Raum wird diverser. Das bringt neue Herausforderungen für die Organisation des sozialen Miteinanders und den Erhalt des gesellschaftlichen Friedens mit sich. Wir beobachten an vielen Orten eine zunehmende Polarisierung, das Entstehen von gegeneinander zunehmend abgeschottete Gemeinschaften und Blasen sowie einen wachsenden Rechtsruck in Teilen der Aufnahmegesellschaft. In vielen Diskursen um die Begrenzung von Zuwanderung manifestiert sich ein wachsendes Misstrauen gegenüber der Politik und bisweilen entsteht der Eindruck, dass Zuwanderung zu einer Bedrohung für unsere Demokratie wird. Dazu kommen seit dem Angriff der Hamas auf Israel und dem seither weiter eskalierenden Nahostkonflikt Sorgen um den

¹ Hein de Haas, How Migration Really Works, Dublin 2023

wachsenden Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus auch bei uns in Deutschland. Was ist die Rolle von Kirche und Diakonie in Anbetracht dieser Entwicklungen?

Flucht, Vertreibung, die Suche nach Schutz und neuer Heimat sind Teil der DNA der jüdisch-christlichen Tradition. Für uns steht der Schutz von Menschen im Vordergrund, nicht der Schutz unserer Grenzen. Wir wissen: Migration ist Teil der Menschheitsgeschichte. Zäune und Abschiebeoffensiven werden daran nichts ändern. Daher richten wir unseren Blick auf die Frage, wie Migration und Integration gelingen können, anstatt zu versuchen, sie zu verhindern. Nach unserem Verständnis ist Integration nicht nur eine individuelle Leistung zugewanderter Menschen, die unsere Sprache erlernen müssen, sich in unsere Arbeitsmärkte integrieren und an die hier herrschenden Regeln halten sollen; vielmehr noch ist Integration ein Prozess, der auch uns – die Aufnahmegesellschaft – betrifft und den wir gemeinsam mit den Betroffenen gestalten wollen.

Vor diesem Hintergrund hat die Abteilung Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration (FiAM) der Diakonie Hessen gemeinsam mit der Regionalen Diakonie in Hessen und Nassau einen Gemeinschaftsantrag mit 16 unterschiedlichen Projektstandorten in Hessen und Rheinland-Pfalz beim Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU gestellt. Beteiligt sind zehn Regionale Diakonien im Gebiet der EKHN, drei regionale Diakonische Werke im Gebiet der EKKW sowie zwei Dekanate (Ev. Dekanat Gießen und Ev. Dekanat Kronberg) und der Ev. Regionalverband Frankfurt und Offenbach. Ziel des Projekts ist die Förderung der Integration und Teilhabe von Geflüchteten in ausgewählten sozialen Nahräumen, basierend auf den Grundsätzen und Methoden der sozialräumlichen (gemeinwesenorientierten) Arbeit. In den 16 ausgewählten Sozialräumen soll in Ergänzung zu bereits bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Dauer von drei Jahren jeweils eine Vollzeitstelle geschaffen werden. Deren Aufgabe ist es, vor Ort Strukturen und Prozesse zu stärken, welche es ermöglichen unter aktiver Beteiligung der Zielgruppen Integration gemeinsam mit kommunalen Entscheidungsträgern und lokalen Vertretern der Zivilgesellschaft zu gestalten und Teilhabe und Begegnung zu fördern. Für den sozialen Nahraum bedeutet das eine Öffnung von Räumen für Begegnung und Dialog, sowie das Initiieren und Moderieren von Prozessen, die mehr Partizipation der Menschen im Sozialraum bei der Gestaltung des Zusammenlebens ermöglichen. Aber auch für Diakonie und Kirche vor Ort bedeutet das ein sich änder-

des Selbstverständnis, eine Öffnung für mehr Diversität und die verstärkte Hinwendung zu Menschen in prekären Lebenslagen, um dadurch zum mitgestaltenden zivilgesellschaftlichen Akteur im Sozialraum zu werden. Das Verständnis von Sozialraum unterscheidet sich hier klar von dem der kirchlichen Organisationseinheit „Nachbarschaftsraum“. Es geht in einer multikulturellen und globalisierten Migrationsgesellschaft auch nicht mehr „nur“ um einen interkulturellen und interreligiösen Dialog, mit dem Ziel gegenseitigen Verständnisses und Verstehens und möglichst breiter gesellschaftlicher Konsense, sondern auch darum, gesellschaftliche Dissense zu benennen, auszuhalten und nach Möglichkeit zu zivilisieren. Es geht darum, diese Dissense in konstruktive, moderierte Prozesse zu bringen, die Wertschätzung für ein vielfältiges Land zu erhöhen und die Förderung und Aufrechterhaltung der Akzeptanz zu stärken. Sozialräumliche Arbeit hat dabei nicht zuletzt die Aufgabe, Konflikte aus transnationalen Räumen zurück ins Quartier zu holen und sie gerade hier – in analogen Streiträumen – erfahrbar, besprechbar und verhandelbar zu machen. Wesentliches Ziel einer solchen sozialräumlichen Arbeit ist es, reflexhaften Identifikationen mit jeweils einer Konfliktpartei entgegenzuarbeiten. Sie orientiert sich an einer „Logik der Nicht-Identifikation“ (Michael Rothberg). Im Namen der Menschenrechte versucht sie, Universalismus und Partikularismus nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam zu denken und zu reflektieren. Ihr Ziel ist nicht die einhellige und vereinheitlichte Meinung, sondern die Übereinkunft der Verschiedenen.

Aladin El-Mafaalani² beschreibt in „Das Integrationsparadox“, dass zunehmende Konflikte nicht zwangsläufig ein Indikator für gescheiterte Integration sind, sondern tatsächlich Indikatoren einer gelingenden Integration. Angesichts von Mehrfachkrisen und damit verbundenen massiven Verunsicherungen in großen Teilen der Gesellschaft sowie weiter zunehmender Ungleichheiten geht es auch – und aktuell vielleicht sogar zuerst – darum, gesellschaftliche Dissense zu benennen, auszuhalten und nach Möglichkeit zu zivilisieren. Es geht darum, „den Dissens weg von der Straße und in konstruktive Räume (zu) bringen. Und in diesen müssen Regeln gelten.“ (Saba-Nur Cheema und Meron Mendel). Genau das, solche Räume zur Verfügung zu stellen und so die notwendigen gesellschaftlichen Diskurse und Debatten „einzuräumen“, könnte einer der zentralen Aufgaben von Kirchengemeinden und Diakonischen Werken in der Zukunft werden.

² Aladin El-Mafaalani, Das Integrationsparadox, Köln 2018

ZUR RELEVANZ VON PFLEGE- UND SORGESTRUKTUREN FÜR DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFTEN

Nadine Zollet, Referentin der Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege, Diakonie Hessen

Ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie ist ein funktionierender Sozialstaat, in dem die Würde des Menschen unantastbar ist und niemand zurückgelassen wird – vor allem in biographischen Momenten, in denen wir auf Unterstützungs- und Hilfesysteme angewiesen sind. Demokratische Gesellschaften werden getragen von Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sorge-Beziehungen sind allgegenwärtig und gehören zum menschlichen Dasein. Sei es bei der Geburt eines Kindes, bei der Betreuung unserer Kinder oder im Krankheitsfall, aber auch wenn wir Menschen Trost oder einfach nur Austausch mit anderen Personen benötigen. Sorge benötigt Zeit, finanzielle Ressourcen und auch professionelle Angebote. Leider wird der Bedarf an Pflege oft als Privatangelegenheit betrachtet. Es handelt sich jedoch um ein grundlegendes Menschenrecht, das Recht würdevoll älter zu werden und zu Altern. Im Folgeschluss geht es um die Glaubwürdigkeit von demokratischen Versprechen. Gerade im Hinblick auf die sich in den letzten Jahren verschärfenden multiplen Krisen, droht unsere Gesellschaft immer weiter auseinander zu driften. Unter diesen Bedingungen erfährt ein stabiler Sozialstaat erneut einen Zuwachs an Bedeutung. Statt ihrer Stärkung erfahren Sozialleistungen in Deutschland unter dem akuten finanziellen Druck jedoch massive Kürzungen.

Aus einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) aus dem Jahr 2024 geht hervor, dass knapp zwei Drittel der Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege aufgrund finanzieller Schwierigkeiten gezwungen waren, in den vergangenen beiden Jahren ihre Angebote einzuschränken oder gar einzustellen. Mehr als drei Viertel der Befragten rechnen damit, ihre Angebote auch im Jahr 2025 weiter reduzieren zu müssen. Daneben befürchten mehr als 70 Prozent, dass sich die Reduktion der Angebote negativ auf demokratisches Engagement vor Ort auswirken wird, da Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege die notwendigen hauptamtliche Strukturen bieten, die bürgerschaftliches Engagement erst ermöglichen. Durch den Wegfall dieser hauptamtlichen Strukturen reduzieren sich die Möglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen, sich für das

Gemeinwesen und damit auch für die Demokratie einzusetzen¹.

Rüdiger Schuch, Präsident der Diakonie Deutschland, konstatiert: „Die Gestaltung des Bundeshaushalts wirkt sich auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie aus. Weitere Kürzungen bei sozialpolitischen Leistungen und bei der Förderung von Freiwilligem Engagement im Bundeshaushalt 2025 sind demokratiegefährdend und nicht akzeptabel. Wer stattdessen die soziale Arbeit in den Wohlfahrtsverbänden stärkt und in den Sozialstaat investiert, sichert die Demokratie und unterstützt konkret den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Sorge als demokratische Praxis – das Konzept der „Caring Communities“

Die oben beschriebenen Tendenzen, die demografischen Veränderungen, sowie der Fachkräftemangel im Pflegebereich, bringen massive Auswirkungen auf professionelle Pflegestrukturen mit sich. Dies führt zu der Erkenntnis, dass wir ein neues Konzept, neue innovative Formen von Sorge und Pflege benötigen.

In den letzten Jahren bilden sich im europäischen Raum vermehrt Sorge-Gemeinschaften, auch als „Caring Communities“ bezeichnet, heraus. Caring Communities sind Netzwerke von unterschiedlichsten Akteur*innen innerhalb eines Sozialraums, die Zukunftsvisionen eines solidari-schen Zusammenlebens entwickeln. Sie tragen gemeinsam die Verantwortung, eine gute Lebensqualität für alle Menschen sicher zu stellen. Sie können daher als Gegenbewegungen zu der in unserer Gesellschaft vorherrschenden Individualisierung, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung gesehen werden, das WIR steht im Mittelpunkt.

Professor Thomas Klie, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts AGP (Alter.Gesellschaft.Partizipation), beschreibt „Caring Communities“ als Prozess. Sie „stehen für das gemeinsame Ringen um Bedingungen guten Lebens für alle Bürger*innen vor Ort – für eine Demokratisierung von Sorgefragen.“

Jedoch benötigen auch Sorge-Gemeinschaften passende Rahmenbedingungen, um Wachsen zu können. Daher ist

¹ Vgl.: <https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/angebote-von-wohlfahrtsverbaenden-mussten-vielfach-schon-eingeschraenkt-oder-ganz-eingestellt-werden>

die Politik auf allen Ebenen gefordert, vor allem vor Ort auf kommunaler Ebene die notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, einschließlich der Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und dadurch eine „demokratische Sorgeskultur“ zu ermöglichen und zu fördern.

Bei der Diakonie Hessen setzen wir uns aktiv für die Förderung von „Sorge als demokratische Praxis“ ein. Im Rahmen eines zweijährigen Projektes werden wir in zwei ländlichen Gebieten in Nordhessen relevante Akteure und Stakeholder identifizieren und dabei unterstützen, ein Sorgenetzwerk aufzubauen. Unser Ziel ist es, bestehende Netzwerke zu stärken, zu erweitern und einen Innovationsprozess zu fördern, um die Pflege vor Ort zu einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung weiterzuentwickeln.

#VERSTÄNDIGUNGSORTE



verständigungs ORTE

Wir. Reden. Hier.

Initiative #VerständigungsOrte: Kirche und Diakonie öffnen ihre Türen für gesellschaftlichen Dialog

Einladung zur Mitwirkung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Geschwister,

in der Öffentlichkeit und insbesondere in den sozialen Netzwerken entsteht derzeit oft der Eindruck einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung. Als EKD und Diakonie wollen wir uns deshalb für mehr Verständigung einsetzen. Wir laden Sie dazu ein, Ihre Kirchen und Einrichtungen überall in Deutschland dafür zur Verfügung zu stellen und Teil der Initiative „#VerständigungsOrte – Wir. Reden. Hier.“ zu werden (www.verstaendigungsorte.de). Dadurch wollen wir das bieten, woran es oftmals fehlt: Räume, in denen Menschen mit unterschiedlichen Ansichten zusammenkommen und sich über gesellschaftliche Probleme austauschen können.

Als Christinnen und Christen glauben wir an einen Gott, der durch Leben, Tod und Auferstehung von Jesus Christus Beziehung ermöglicht – mit uns Menschen und zwischen allen seinen Geschöpfen. Sein heiliger Geist fördert Kommunikation und stellt Gemeinschaft wieder her, wo niemand es für möglich gehalten hätte. Das haben wir gerade erst zu Pfingsten gefeiert. So bewegt uns Gottes Geist auch, als Kirche und Diakonie sensibel für Verwerfungen in unserer Gesellschaft zu sein und uns als integrative Kraft für ein gutes Miteinander, für Verständigung und Zusammenhalt zu engagieren, wo immer wir leben, und auch dort, wo es schwer erscheint.

Deshalb bitten wir Sie herzlich: Bieten Sie in den nächsten Monaten gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Partner:innen und auf kreative Weise „dritte Orte“ an, an denen Menschen zusammenkommen, sich über kontroverse Themen austauschen, Krisen und Konflikte gemeinsam bearbeiten, ihre Geschichten erzählen, einander zuhören und sich über gemeinsame Grundlagen des Zusammenlebens verständigen können!

Entwickeln Sie Veranstaltungen und Projekte, die sich am Bedarf und den Themen vor Ort orientieren und Verständigung zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Hintergründe und Meinungen befördern!

Impressum

Herausgeber:	Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V. Ederstraße 12 60486 Frankfurt am Main Telefon: 069 7947-0 kontakt@diakonie-hessen.de www.diakonie-hessen.de
Redaktion:	PfarrerIn Dr. Angela Rascher , Theologische Referentin für Hospizarbeit und Diakonisch-Kirchliche Kultur (angela.rascher@diakonie-hessen.de) Eckhard Lieberknecht , Referent im Bereich Kommunikation (eckhard.lieberknecht@diakonie-hessen.de)
Autor*innen ¹ :	Katharina Alborea , Referat Wohnungsnotfallhilfe der Abteilung Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie (katharina.alborea@diakonie-hessen.de) Michael Büsgen , Referent des Interkulturellen Beauftragten der EKHN in der Abteilung Abteilung Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration (michael.buesgen@diakonie-hessen.de) Dr. Melanie Hartmann , Leitung der Abteilung Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie (melanie.hartmann@diakonie-hessen.de) Pfarrer Andreas Lipsch , Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Leiter der Abteilung Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration (andreas.lipsch@diakonie-hessen.de) PfarrerIn Dr. Angela Rascher , Theologische Referentin für Hospizarbeit und Diakonisch-Kirchliche Kultur (angela.rascher@diakonie-hessen.de) Pfarrer Carsten Tag , Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen (carsten.tag@diakonie-hessen.de) Nadine Zollet , Leitung Projekt Sorgenetze, Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege (nadine.zollet@diakonie-hessen.de)
Gestaltung/Layout:	Eckhard Lieberknecht , Referent im Bereich Kommunikation in der Diakonie Hessen (eckhard.lieberknecht@diakonie-hessen.de)
Bildnachweis:	Seite 2: © Diakonie Hessen / Gaby Gerster
Erscheinungsdatum:	Juli 2024